

# Zur Deformation der Universität Hamburg

Exzellenz durch Standortwechsel? Spitzenforschung aus dem Geist der Geistfeindschaft? An der Hamburger Universität mobilisiert sich Widerstand gegen die Präsidentin. Analyse eines Reformdebakels.

Von Dorothea Frede

Wer sich über viele Jahre hin für eine behutsame Orientierung an Vorzügen der Organisation von Studium und Lehre amerikanischer Universitäten eingesetzt hat, kann sich heute beim Anblick der Ergebnisse der Universitätsreform nur ungläubig die Augen reiben. Statt einer sorgfältigen Abwägung all dessen, was am angelsächsischen Modell nachahmenswert ist und was nicht, liegt der Universitätsreform ein ganz anderes Prinzip zugrunde. Der Aktionismus, dem sich die Reformer in Bildung und Wissenschaft nach Jahrzehnten des Nichtstuns verschrieben haben, folgt der Maxime, einfach das Gegenteil alles Bisherigen zu tun.

Hatte Deutschland jahrzehntlang die ältesten Studenten der Welt, weil es an jeder Kontrolle von Leistungen und Leistungsniveau fehlte, sollen sie nun die jüngsten sein, indem man sie a tempo am Leitsil einer Vielzahl von Kontrollen und Reglementierungen („Modularisierung“) durch die Universitäten schleust. Hatte sich die „Gruppenuniversität“ als reformunfähig erwiesen, so hat man der Universität stattdessen ein strenges Regiment durch nahezu allmächtige Präsidenten/-innen verpasst. Hochschulräte sind mit deren Wahl und der Oberaufsicht über die Belange der Universität betraut, die bisherigen Gremien wurden teils abgeschafft, teils entmachtet. Auch Einsamkeit und Freiheit in Lehre und Forschung haben ein jähes Ende gefunden: Leistung hat sich jetzt durch Einwerbung von Drittmitteln, vor allem durch Mitwirkung an Sonderforschungsbereichen, Forschergruppen und Exzellenzinitiativen zu manifestieren. Wer nicht mitspielt, den bestraft das Leben, nicht nur was die Reputation angeht, sondern auch beim Gehalt.

Wie sich an den jüngsten Turbulenzen in Hamburg zeigt, könnte man auch bei der Wahl von Präsidenten von Erfahrungen aus dem Ausland profitieren. Denn Hochschulmanagement will nicht nur gelernt sein, sondern erfordert auch besondere Persönlichkeiten. Allem voran geht die Fähigkeit, zwischen dem Amt und der eigenen Person zu unterscheiden, den eigenen Willen nicht mit Allwissenheit zu verwechseln, Unwissen nicht durch Aggressivität zu überspielen. Des Weiteren bedarf es der Fähigkeit, Menschen nicht nur zu überzeugen, sondern auch mit Verständnis und Geduld auf abweichende Standpunkte einzugehen.

## Auf dem hohen Ross der Ignoranz

An alldem scheint es der Präsidentin der Universität, Monika Auweter-Kurtz, zu mangeln. Dies ist in einer für Hamburg nicht untypischen Weise bei der konfliktreichen Wahl vor drei Jahren übersehen worden. Über dem Sturm gegen die Forschungsrichtung der Kandidatin (Raketenantrieb) hat niemand bemerkt, dass sie die hohe Kapitänsschule für die Leitung eines so großen und komplexen Schiffes, wie die Universität es nun einmal ist, nicht absolviert oder auch nur Beweise für ihre Befähigung dazu vorgelegt hat. Wie ihre Vita zeigt, hat Auweter-Kurtz ihr ganzes wissenschaftliches Leben in Stuttgart verbracht, ausländische Universitäten nie kennengelernt und auch in Stuttgart nur zeitweilig ein relativ kleines Institut geleitet.

Auch über die Grenzen des eigenen Faches hinaus scheint sie kaum einen Blick geworfen zu haben, wie ihr unqualifiziertes Urteil bezeugt, die Geisteswissenschaften seien exzellenzfähig, weil sie zu keinen messbaren Resultaten führten. Diese Defizite dürften erklären, warum die Präsidentin nur von oben herab zu herrschen bereit ist und von Beratung und Kollegialität nichts hält. Die Universität ist jedoch weder eine Kommanditgesellschaft noch auch eine straff organisierte militärische Organisation. Sie ist eine *universitas* von Lehrenden und Lernenden, die zwar der Leitung durch die Verwaltung, nicht aber ihrem Kommando untersteht. Dass Wissenschaftler, von denen kreative Exzellenz erwartet wird, nicht wie unmündige Schulkinder zu behandeln sind, sollte einem schon der gesunde Menschenverstand sagen.

Da es der Präsidentin eben daran zu mangeln scheint, ist es schwer, in der gegenwärtigen Gemengelage von Konflikten auch nur auszumachen, wo es um das Was, also um den Stil der Präsidentin im Umgang mit anderen, und wo es um das Was, also um die Sache, geht. Zu dieser Vermengung trägt die Präsidentin mit Eifer bei, wie die jüngste Demonstration ihres Durchsetzungswillens auf Biegen oder Brechen gezeigt hat. Nach der völlig korrekt durchgeführten Wahl des Dekans der Fakultät der Geisteswissenschaften durch den Fakultätsrat hat sie von ihrem Vetorecht Gebrauch gemacht, weil sie sich an den hochschulpolitischen An-



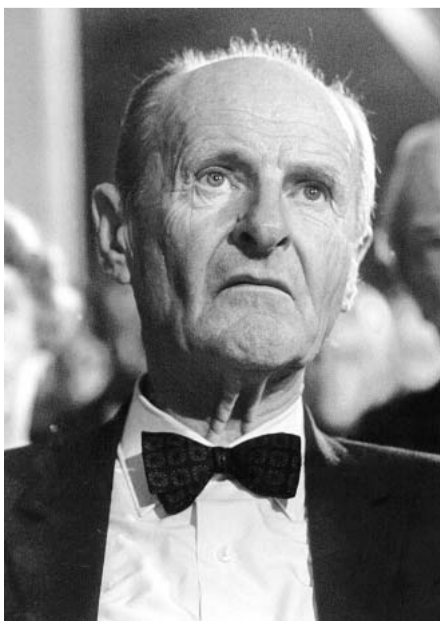
Vor achtzig Jahren war Ernst Cassirer Rektor der Universität Hamburg. Foto AKG

sichten des designierten Dekans stieß, eines weithin angesehenen Theologen.

Für viele war dies der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Dies zeigen die auch für Hamburg einmalige Reaktion einer großen Zahl von Professoren, in einem Brief den Rücktritt der Präsidentin zu fordern, sowie das einmütige Protestschreiben der Dekane von fünf Fakultäten, das eingehend darlegt, in welcher Weise der willkürliche präsidiale Führungs- und Umgangsstil nicht nur gemeinsame Reformbemühungen, sondern auch Berufungen bedeutender Wissenschaftler vereitelt. Auf diese Weise will man nicht länger mit sich umspringen lassen. Es ist kein Geheimnis, dass die Vorliebe der Präsidentin Dekanen „von außen“ gilt, welche sich nicht dem Kollegium und den Fächern, sondern ihr selbst verpflichtet sehen.

Dies ist eine völlige Fehlbeurteilung der Aufgaben der Dekane, da sie ihre Fakultät samt ihren Stärken und Schwächen, Anliegen und Nöten kennen und dem Präsidium vermitteln sollten. Die Stärke von Präsidenten manifestiert sich diesbezüglich darin, statt Widerspruch zu unterdrücken, mit Spannungen kreativ umzugehen, denn meistens gibt es dafür gute Gründe, die es auszuloten und zu beseitigen gilt.

Niemand leugnet, dass es in Hamburg dringenden Reformbedarf gibt, wie das schlechte Abschneiden der Universität im Exzellenzwettbewerb gezeigt hat und die allfälligen Bewertungen auch immer wieder bestätigen. Doch dazu bedarf es keiner nagelneuen Universität, wie sie die Präsidentin als unerlässlich ansieht, noch dazu an einem ganz ungewöhnlichen Ort: mitten in der Elbe, auf dem „Kleinen Grasbrook“ zwischen Schiffskränen und Eisenbahnhäfen für Container. Wie teuer ein Neubau und welche Zeit er in Anspruch nehmen würde, ist unabsehbar. Wenn Fragen nach der Solidität des Kleinen Grasbrook als Basis für Bücher- und Menschentürme noch der Antwort harren und es ohnehin gute Gründe für Misstrauen gegenüber einer schnell hochgezogenen Architektur gibt, so steht eines fest: ein Ambiente für Leh-



Was jede gute Universität weiß: Profilbildung ist nicht zuletzt eine Frage danach, wie man einer Tradition gerecht wird. Der große Alphilologe Bruno Snell, von 1951 bis 1953 Rektor der Universität Hamburg, der Kunsthistoriker Aby Warburg, dessen Erbe Stadt und Universität gerne hochhalten, und der Psychologe William Stern, einer der Gründer der Universität.

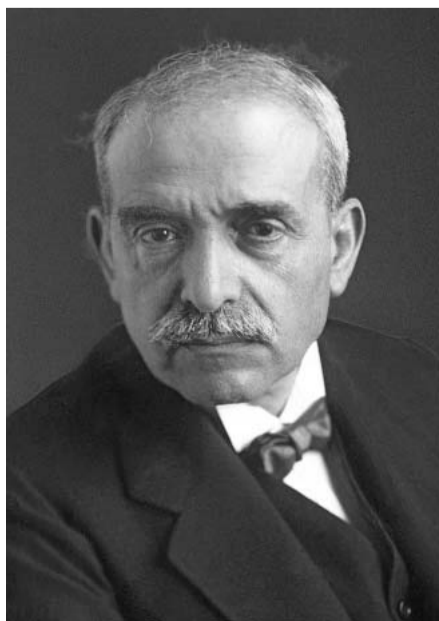
rende und Studenten ist dieser Ort nicht. Ringsum gibt es nur Wasser und Schiffe. Wohnraum lässt sich nur durch Verdrängung von Bewohnern aus Veddel, Wilhelmsburg und Rothenburgsort schaffen. Da es sich dabei vielfach um Arbeitslose und Ausländer handelt, mag dies politisch gewollt sein. Es wäre jedoch eine gewaltsame Stadtanierung mit unalkulierbaren Kosten und ungewissem Ausgang.

Was diese Neugründung der Sache nach bringen soll, bleibt unklar: Das schlechte Abschneiden der Universität beim Exzellenzwettbewerb ist weder auf

Mehr als eine innere Angelegenheit: Wenn ein willkürlicher präsidialer Führungs- und Umgangsstil sich herumspricht, werden nicht nur gemeinsame Reformbemühungen, sondern auch Berufungen bedeutender Wissenschaftler durch ihn vereitelt.

zu weite Wege zwischen den – wie in jeder Großstadt-Universität – verstreut liegenden Instituten noch auf marode Gebäude zurückzuführen. Die Gründe sind vielschichtig: Ständige Sparmaßnahmen bei ständig ansteigenden Studentenzahlen bedeuten eine Überbelastung in der Lehre und mangelnde Betreuung der Studenten; die ungenügende Ausstattung vieler Bibliotheken und Labore tun das Ihre. Das Verschwinden des „Mittelbaus“ verstärkt nicht nur den Mangel an Betreuung, sondern erschwert die Kooperation innerhalb und zwischen den Fächern.

Vielen Hochschullehrern fehlt deswegen schlicht die Zeit, neben dem Lehrbetrieb auch noch Drittmittelprojekte zu konzipieren, zumal in Fächern, in denen dies nicht eben naheliegt. (Wenn Forschungsmäntelchen nach dem Drittmittel-



telwind gehängt werden, führt das zu Verbiegungen seltsamer Art, wie man als Gutachter schmerzhaft in Erfahrung bringt. Daher besteht durchaus Anlass zu Skepsis gegenüber dem Ertrag der Exzellenzprogramme auch an erfolgreicheren Universitäten.) An den genannten Problemen würde eine Neugründung der Universität nichts ändern. Von einer Zusammenführung auf einem gemeinsamen Campus kann ohnehin nicht die Rede sein: Die Experimentalphysiker werden weiter in Bahrenfeld, die Biologen in Klein-Flottbek, die Mediziner in Eppendorf bleiben. Die Wege werden dadurch noch länger, der Austausch wird noch schwieriger. Dass der neue Standort wissenschaftliche Leuchten aus Harvard oder Stanford nach Hamburg locken wird, wie die Präsidentin jüngst anlässlich eines Podiumsgesprächs des Überseeklubs versprach, ist eine Luftnummer, ebenso wie die Floskeln von Technologietransfer und der Anknüpfung von einhundert neuen Professuren mit einem entsprechenden Raumbedarf.

## Wo bleibt die Bürgerschaft?

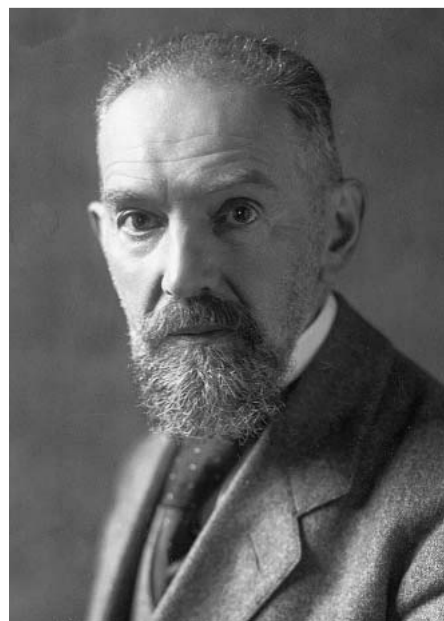
Grundsätzlich muss es verwundern, dass entscheidende Teile der sonst so traditionsbewussten Hamburger Bürgerschaft sich nicht nur dem ungebremsten Hegemonialprinzip verschrieben haben, sondern auch den Vernichtungswillen der Präsidentin die alte Universität betreffend mittragen. Denn der Vorschlag, das von Edmund Siemers gestiftete Hauptgebäude auf „Werner von Melles Wiese“, die Flügelbauten des Ehepaars Greve und das Audimax in „universitäre Kongresszentren“ umzuwidmen, kommt einer Aufgabe dieser Wahrzeichen der Universität gleich. Angesichts solcher Missachtung der eigenen Tradition und des Stifterwillens dürfte auf Jahre hinaus mit weiteren Förderern nicht mehr zu rechnen sein. Dabei besteht zu solch drastischen Maßnahmen kein Grund, sondern es ginge auch eine Nummer kleiner: Restauration und Neubauten vor Ort sind durchaus möglich und wären für weit weniger Geld zu haben. Man muss sie nur wollen.

Auch eine Sanierung der Organisation der Universität Hamburg durch Entflechtung der Kompetenzen ist nötig und möglich, um eine konstruktive Zusammenarbeit von Verwaltung und Wissenschaft und eine allseits zufriedenstellende Einigung über die wünschenswerte Struktur der Universität und ihre weitere Entwicklung zu garantieren. Denn dieser Gesichtspunkt ist in den jüngsten Querelen ganz aus dem Gesichtskreis vieler Beteiligter verschwunden. Die Zeichen stehen jedoch auch weiterhin auf Sturm, wenn die Bürgerschaft die geplante Novellierung des Hochschulgesetzes durchführt, die dem Universitätspräsidium zusätzlich das Recht zur Ernennung der Dekane übertragen wird.

Was die CDU zu einer solchen Maßnahme bewegen hat, muss Spekulation bleiben. Dass die „Grünen“ mit von der Partie ist, beruht offensichtlich auf einem Quiproquo: Ihr lasst uns die sechsjährige Grundschule einführen, wir stören eure Pläne die Universität betreffend nicht. An diesem völlig unsinnigen Junktim wird man hoffentlich angesichts der katastrophalen Entwicklung nicht festhalten. Nur dann kann auch der Hochschulrat seiner Aufgabe gerecht werden, der ja jeder Organ der Universität noch der Stadt ist, sondern unabhängig von beiden beratend und ordnend tätig sein soll. Er hat zwar insofern eine starke Stellung, als er die Präsidenten ernennet und auch ihren Rücktritt fordern kann; aktiv in die Leitung der Universität und in akademische Belange eingreifen kann und soll er jedoch nicht. Daher ist auch die Absetzung eines Präsidenten – wie das Vetorecht – ein Mittel, das nur im äußersten Notfall anzuwenden ist.

Der gegenwärtige Vorsitzende des Hochschulrates der Universität, Albrecht Wagner, sieht sich nach eigener Aussage als „kritischen freundlichen Ratgeber“. Dass es ihm gelingen wird, an dieser Haltung in der gegenwärtigen verfahrenen Lage festzuhalten, erscheint zweifelhaft. Für jemanden, der früher gern an der Universität Hamburg unterrichtet hat, durch viel studentisches Talent und kollegiale Zusammenarbeit ermutigt, ist dieser weitere Niedergang ein bedrückendes Schauspiel.

Dorothea Frede ist Emerita der Universität Hamburg und Mills Visiting Professor der University of California, Berkeley.



## Bildungsstreik

Die Studenten haben schon aus schlechteren Gründen gestreikt. Wenn sie es jetzt gegen die Bologna-Reformen tun, hat das eine besondere Pointe. Denn seit Jahren wird vom Reformestablishment die Erzählung gepflegt, es handele sich um eine Reform, die vor allem den Studierenden zugutekomme. Kürzer, „orientierter“, berufsnäher und international anschlussfähiger, „mobiler“ lasse sich nun studieren. Davon stimmte fast nichts. Doch die Bedenken dagegen, hieß es zunächst, kämen nur von Professoren, die ihr Privileg, sich im Seminar nur um die Suche nach dem eigenen Nachfolger kümmern zu müssen, dahinschwinden sahen. Kritikern wurden überdies unterstellt, sie hingen einem Humboldt-Idyll und einer sentimental verkündeten Universität der Epoche vor der Reform nach.

Dann – als die ersten Zahlen vorlagen, die in keiner Dimension die versprochenen Verbesserungen zeigten – hieß es, eine gute Idee werde leider mancherorts nicht richtig verwirklicht. Nie habe doch jemand verlangt, die Studienzeit auf sechs Semester zu verkürzen, nie sei von einer Verschulung am Gängelband der Studienordnungen und „Kredit-Punkte“ die Rede gewesen, nie vom Bachelor als „berufsqualifizierend“. Und es wurde nachgerade so getan, als sabotierten renitente Kollegien eine Reform, die nur das Beste für Studenten vorgesehen habe. Wieder waren es also die Lehrenden, denen man die Schuld am sich nun aufdrängenden Eindruck zuschob, Bologna sei vor allem eine Riesenbürokratie und eine Mogelpackung. Vor allem aber: ein

Maßnahmenbündel, das den Studenten vielerorts jede Studienfreiheit nimmt. Und damit die Freude am Studium.

Die brandenburgische Wissenschaftsministerin hatte noch dieser Tage die Frechheit zu behaupten, die Reform habe es „ermöglicht, das Studium individueller zu gestalten“. Das haben ja nicht einmal die Befürworter der Reform behauptet. Aber es zeigt, wie kommissions-trunken die Bildungspolitik inzwischen ist. Wann war die Ministerin zuletzt an einer der Universitäten ihres Bundeslandes? Hat sie schon einmal versucht, das absurde Regelwerk zu begreifen, das inzwischen die Studienzeit im Griff hat? Tauscht sie sich mit ihren Kollegen anderer Länder darüber aus, was es heute heißt, eine ganze Bildungsphase mit der Jagd auf Punkte zu verbringen, anstatt zu lesen, nachzudenken und kognitiven Interessen zu folgen? Hat man im Reformestablishment noch eine Anschauung von der Universität?

Nein, hat man nicht. Wie gesagt: Niemand kann behaupten, die Universität sei vor der Reform ein Ort der selbstbestimmten Bildung aller gewesen. Und genauso illusorisch wäre der Glaube, alle Studenten seien ihrer Natur nach auch Studierende. Aber die Wucht, mit der sich inzwischen vielerorts eine Kontroll- und Effizienzphantasie auf das Studium geworfen hat, kann nicht länger damit erklärt werden, früher sei auch nicht alles Gold gewesen. Denn was interessiert die Studenten die Vorvergangenheit der Reform? Sie leben jetzt, und viele von ihnen finden schon lange keinen Sinn mehr in dem, was ihnen die Studienordnungen an bulimischem Lernen, Verzweckung des Engagements und Mentalität des Sichdurchschlagens durch unverstandene Studienparcours nahelegen. kau

## Was „Open Access“ kostet

Eine Bitte an den Steuerzahler, genau hinzuschauen

Seit August 2007 ist klar, dass „Open Access“, die Einstellung aller wissenschaftlichen Texte auf Internet-Plattformen, das wissenschaftliche Publizieren nicht billiger macht. Denn damals kündigten die Kline Science Library und die Cushing/Whitney Medical Library, die zum Bibliothekssystem der Universität Yale gehören, ihre Mitgliedschaft bei „BioMed Central“ (BMC), der großen und kommerziell erfolgreichen Open-Access-Plattform. Dieser Schritt sorgte unter den Anhängern des elektronischen Publizierens für Verblüffung. Yale machte öffentlich, dass man sich von Seiten der Bibliothek an BMC erst dann wieder beteiligen wolle, wenn dort ein „gangbarer Geschäftsmodell“ vorgelegt würde. Damit hatte sich in Yale bewährt, was eine an der Medizinischen Universität Wien ein Jahr zuvor unternommene Studie – <http://www.egms.de/pdf/journals/mbi/2007-6/mbi000050.pdf> – erhoben hatte: Open Access bringt für die Zeitschriftenverleger der Bibliotheken keine Entlastung, ganz im Gegenteil.

Warum das so ist, wird deutlich, wenn man sich anschaut, wie Open Access funktioniert. Die Grundidee besteht darin, dass die Autoren der Plattform eine Bearbeitungsgebühr bezahlen, mit der sie ihre Kosten decken und sicherstellen wollen, dass der veröffentlichte Beitrag auf alle Zeit weltweit allen Interessierten elektronisch zur Verfügung steht. Da man nicht in die Zukunft schauen kann, bedeutet das Gebühren, die die zukünftigen Kosten antizipieren und weitere Autoren nicht abschrecken. Bei BMC sind das im Schnitt 1074 Euro pro Beitrag.

Dieses Bezahlmittel bewirkt, dass Open Access für die Einrichtung, die die Bearbeitungsgebühr zu bezahlen hat, linear desto teurer wird, je mehr ihrer Autoren nach diesem Modell publizieren wollen. Und ebenfalls war in Yale Realität geworden: Die Kline Science Library und die Cushing/Whitney Medical Library hatten im Jahr 2005 gerade einmal 4685 Dollar für die elektronischen Publikationen ihrer Wissenschaftler aufgewendet; im Jahr 2006 mussten sie aber bereits 31 625 Dollar bereitstellen, und 2007, im Jahr der Kündigung bei BMC, waren es 64 600 Dollar. Bei einem Bibliothekstat in Yale von 75 Millionen Dollar – 4,2 Millionen Dollar für elektronische Zeitschriften und Serien, 7,7 Millionen für gedruckte Fachzeitschriften und 12 Millionen für Bücher – sind die 64 600 Dollar, die Yale für Open-Access-Publikationen seiner Wissenschaftler bezahlen sollte, wahrlich ein Klacks. Warum also zog man die Notbremse?

Der Grund: In Yale arbeiten alleine an der School of Medicine 1849 Wissenschaftler. Müsste Yale jedem von ihnen pro Jahr auch nur einen Beitrag bei BMC finanzieren, würden rund 2,5 Millionen Dollar fällig werden. In einem Land, das sich so vollständig dem Modus von „publish or perish“ unterworfen hat, muss man davon ausgehen, dass es dabei nicht bleiben würde, dass vielmehr pro Wissenschaftler und Jahr drei oder vier oder mehr Aufsätze zu finanzieren wären. Und das heißt: Ein Umstieg auf Open Access lediglich für die medizinischen Publikationen würde pro Jahr um die zehn Millionen Dollar kosten. Damit würde Yale auf medizinischem Gebiet etwa ebenso viel Geld aufzuwenden haben, wie es bisher für die Abonnements gedruckter und elektronischer Fachzeitschriften und Serien aus allen Wissenschaftsdisziplinen zu bezahlen hat.

Die scharf rechnenden Administratoren von Yale standen mit ihrem Befund nicht alleine, denn im Jahr 2007 kündigten 15 weitere amerikanische Wissenschaftseinrichtungen ihre Mitgliedschaft bei BMC. Hierzulande waren 2005 noch 50 wissenschaftliche Einrichtungen Mit-

glied bei BMC, heute sind es 29; Großbritannien zählte 2006 130 Mitglieder, 2009 aber nur noch 24; und in den Vereinigten Staaten sank die Mitgliederzahl im selben Zeitraum von 145 auf 94. Die Anhänger von Open Access verweisen zwar darauf, dass BMC ein kommerzielles Modell sei, so dass man den Schluss ziehen müsse, nichtkommerzielle und durch die öffentliche Hand finanzierte Angebote aufzubauen. Und es klingt ja auch wirklich sympathisch, wenn nur knapp die Hälfte aller Open-Access-Zeitschriften überhaupt Bearbeitungsgebühren erhebt und alle anderen kostenlos arbeiten.

Doch das ist Augenwischerei. Denn auch die „kostenlos“ arbeitenden Plattformen verursachen Kosten. Diese werden aber in den Etats von Universitäten, Bibliotheken und Forschungsrichtungen oft versteckt, nicht gezahlt oder gar als Einnahmen gebucht. Während man die Ausgaben für Bücher, Zeitschriften und Medien in den einschlägigen Statistiken nachweist, fehlt für Deutschland nicht nur eine Gesamtstatistik der Open-Access-Kosten, sondern die Fülle der auf die deutschen Universitäten verteilten Open-Access-Projekte wird auf der Ebene der einzelnen Universität als Einwerbung von Drittmitteln und folglich als Einnahme behandelt. Kein Wunder also, dass niemand weiß, was Open Access kostet; denn das ist eine Information, an der man im System der Drittmittelforschung gar kein Interesse hat.

Die „Public Library of Science“ (PLoS), die bekannteste nichtkommerzielle Open-Access-Plattform, berechnet für die Publikation eines Artikels im Durchschnitt 1806 Euro. Man wird angesichts dieser Zahl davon ausgehen können, dass der Betrag, den PLoS für eine Publikation verlangt, in etwa dem entspricht, was eine Open-Access-Plattform benötigt, um die Grundkosten für einen Artikel decken und darüber hinaus in Hard- und Software und Personal und damit in ihre Zukunft investieren zu können. Geht man nun davon aus, dass Open Access ein Publikationsmodell für alle Wissenschaften werden soll, dann muss man für sämtliche 175 000 Wissenschaftler, die die Deutsche Bildungstastik für das Jahr 2007 zählt, Open-Access-Veröffentlichungen finanzieren. Fallen dabei kostenwahre Gebühren wie bei PLoS an, muss der Steuerzahler für eine Publikation pro deutschem Wissenschaftler einen Betrag von 316 Millionen Euro bereitstellen. Bei zwei Publikationen werden 632 Millionen Euro fällig, bei drei Veröffentlichungen sind wir dann schon knapp unter einer Milliarde Euro.

Wer daher fordert, Open Access in öffentlicher Hand aufzubauen, und obenfordert, dieses Publikationssystem für alle öffentlich bezahlten Wissenschaftler verpflichtend zu machen, der muss dem Steuerzahler erklären, warum es attraktiver sein soll, pro Jahr mit rund einer Milliarde Euro 525 000 Open-Access-Aufsätze zu fördern, anstatt mit 785,5 Millionen Euro ein wissenschaftliches Bibliothekswesen, das 3,4 Millionen Bücher beschafft, 2,3 Millionen Kauflicenzen für digitale Medien und 580 000 Zeitschriftenabonnements mit Abermillionen von Aufsätzen verwaltet und noch dazu das Personal bereitstellt, um den interessierten Wissenschaftlern und Laien den Weg durch diese Publikationsflut zu weisen. Freilich: Um in den Genuss dieser Segnungen zu kommen, muss man sich von zu Hause oder seinem Arbeitsplatz in eine wissenschaftliche Bibliothek bewegen. Für eine Milliarde Euro kann man jetzt sitzen bleiben, bekommt dafür einen Bruchteil Wissenschaft und nennt das „freien Zugang“.

UWE JOCHUM  
Der Autor ist Bibliothekar an der Universitätsbibliothek Konstanz.